

10. Mai 2023

Dein Tiroler  
WirtschaftsbundIng.-Etzel-Strasse 17  
6020 Innsbruck

## ANTRAG

Entschlossen  
 Entwurf Antwort  
 Stellungnahme bis  
 Rücksprache  
 Kenntnisnahme

des Tiroler Wirtschaftsbundes an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Tirol betreffend

### Kursänderung in der Ausländerbeschäftigungspolitik

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Tirol wolle beschließen:

**„Die Wirtschaftskammer Tirol wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen für Maßnahmen zur Erleichterung der Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften einzusetzen, um als Wirtschaftsstandort weiterhin konkurrenzfähigen zu bleiben, insbesondere durch:**

- **Sofortmaßnahme: Ausweitung der Saisonkontingentverordnung auf weitere Branchen und ohne zahlenmäßige Obergrenze,**
- **Ausweitung der Möglichkeiten zur Beschäftigung von Arbeitskräften mit offenem Asylverfahren,**
- **Bewilligung von Dienstverhältnissen mit Drittstaatenangehörigen nach Ersatzkraftverfahren,**
- **Schaffung eines Aufenthaltstitels für Lehrlinge aus Drittstaaten mit anschl. automatisierter Verleihung des Aufenthaltstitels "Rot-Weiß-Rot-Karte plus" bei positiver Lehrabschlussprüfung,**
- **Schaffung eines Aufenthaltstitels für Praktikanten aus Drittstaaten welche sich in einer schulischen/universitären Ausbildung befinden und**
- **Schaffung von weiteren Anreizen nach Vorbild des Fachkräfte-einwanderungsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland;“**

### BEGRÜNDUNG

Der aktuelle Eurostat-Report zeigt den Arbeitskräftemangel in Österreich auf: Mit 4,6 Prozent hat das Land den höchsten Anteil offener Stellen an allen Stellen (offen und besetzt) in Europa, während der EU-Durchschnitt bei 2,8 Prozent liegt. Gleichzeitig verzeichnet

Österreich einen Beschäftigungsrekord von mehr als 3,9 Millionen unselbstständig Beschäftigten.

Neben den Anstrengungen zur Steigerung des inländischen Arbeitskräftepotenzials, etwa durch den Ausbau der Kinderbetreuung, muss Österreich auch den Arbeitsmarkt für Drittstaatenangehörige weiter öffnen, um den aktuellen und zukünftigen Bedarf decken zu können. Ohne geregelten Zuzug drohen massive Wettbewerbsnachteile und nachhaltige Schäden.

Schon die prognostizierte demografische Entwicklung allein sollte selbst den letzten Skeptiker zum Nachdenken bringen. Die Bevölkerung der Generation 65+ wird sowohl zahlen- als auch anteilmäßig stark zunehmen. Bis 2040 dürfte die Bevölkerung ab dem Alter von 65 Jahren um 48,1 % (entsprechend rund 834.000 Personen) größer sein als 2021. Zugleich erhöht sich ihr Anteil an der Bevölkerung von derzeit 19,4 % auf 26,6 % im Jahr 2040. Im Gegensatz dazu wird die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis unter 65 Jahren 2023 mit 5,53 Millionen Menschen ihren vorläufigen Höchststand erreichen. Bis 2040 wird sie um knapp 244.000 Personen (minus 4 %) unter diesen Wert sinken.

Der Arbeitsmarkt in Österreich wird sich also stark verändern. Der Arbeitskräftebedarf steigt deutlich, gleichzeitig sinkt die Zahl der Erwerbstätigen. Wenn man vom Status quo ausgeht und Berechnungen der Synthesis Forschung und des WIFO zu Arbeitskräfteangebot und -nachfrage einander plakativ gegenüberstellt, zeigt sich, dass bis 2040 zusätzlich rund 363.000 Stellen in den Betrieben nicht besetzt werden können - wenn nicht gegengesteuert wird.

Tirol befindet sich in einer erfreulichen arbeitsmarktpolitischen Situation, nämlich einer de facto Vollbeschäftigung. Dies bedeutet jedoch, dass der Pool an inländischen Arbeitskräften äußerst begrenzt ist. Es ist unvermeidlich, den Mitarbeiterbedarf auch aus dem Ausland zu decken. Der EU-Raum hat dabei aufgrund der unionsrechtlichen Arbeitnehmerfreizügigkeit erste Priorität, aber auch Drittstaaten sind von enormer Bedeutung.

Unser Nachbarland Deutschland hat dies bereits erkannt und bietet mit dem aktuellen Fachkräfteeinwanderungsgesetz klare und einfache Regeln für die Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen. Die Integration ausländischer Arbeitskräfte fördert das Wachstum und die Innovationskraft eines Landes. Ihre Fachkenntnisse, Erfahrungen und unterschiedlichen Perspektiven tragen zur Entwicklung neuer Ideen und Lösungsansätze bei, die den Wettbewerbsvorteil von Unternehmen und der gesamten Wirtschaft stärken.

In Österreich wäre als Sofortmaßnahme eine Erweiterung der aktuellen Saisonkontingentverordnung auf weitere Branchen treffsicher und könnte die aktuelle Situation erheblich verbessern. Dabei sollte die bisherige Praxis einer zahlenmäßigen Beschränkung überdacht werden.

Darüber hinaus sollte das Arbeitskräftepotenzial von Asylsuchenden verstärkt genutzt werden. Aktuell ist eine Beschäftigung dieser Personengruppe nach drei Monaten bereits möglich. Das AMS prüft dabei im Einzelfall, ob für die infrage kommende Stelle Inländer, EWR-Bürger oder fortgeschritten integrierte Ausländer vorgemerkt sind, die bereit und qualifiziert sind, die betreffende Arbeitsstelle anzutreten (Arbeitsmarktprüfung). Ist das nicht der Fall, ist eine befristete Beschäftigungsbewilligung für Asylsuchende möglich.

Dieses Verfahren sollte kurzfristig vereinfacht und so angepasst werden, dass Menschen, denen wir vorübergehend Schutz gewähren, bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens einen Beitrag leisten können. Damit würde der Staat gleichzeitig die Kosten für die Grundversorgung reduzieren.

Das österreichische Ausbildungssystem ist international anerkannt. Dennoch gibt es mehr offene Lehrstellen als Lehrstellensuchende. Durch einen eigenen Beschäftigungstitel für Lehrlinge und Praktikanten aus Drittstaaten könnten wir nicht nur unser Know-how international verbreiten, sondern auch unser Ansehen als attraktives Arbeitgeberland stärken und somit im hart umkämpften Arbeitskräftewettbewerb an Bekanntheit gewinnen. Dabei soll der Titel für Praktikanten zeitlich beschränkt auf Personen mit einer schulischen bzw. universitären Ausbildung sein. Der Aufenthaltstitel für Lehrlinge soll durch eine automatisierte Verleihung der "Rot-Weiß-Rot - Karte plus" bei positiver Lehrabschlussprüfung zusätzlich aufgewertet werden.

Über die genannten Einzelmaßnahmen hinaus sind jedoch weitere weitreichende Änderungen in der österreichischen Ausländerbeschäftigungspolitik erforderlich, um als Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig zu bleiben. Ein Ansatz könnte die generelle Bewilligung von Arbeitsverhältnissen mit Drittstaatsangehörigen nach einem Ersatzkraftverfahren sein.

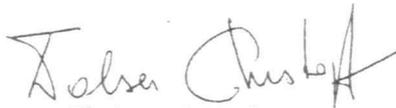
**Wir müssen jedenfalls handeln, denn ohne kontrollierte Zuwanderung werden wir es nicht schaffen!**

Innsbruck, am 10. Mai 2023

Für den Tiroler Wirtschaftsbund



**Ab.z.NR Franz Hörl**  
Landesobmann  
Tiroler Wirtschaftsbund



**Christoph Walser**  
Präsident  
Wirtschaftskammer Tirol



**Franz Jirka**  
Spartenobmann  
Gewerbe und Handwerk



**Dieter Unterberger**  
Spartenobmann  
Handel



**Rebecca Kirchbaumer**  
Spartenobfrau  
Transport und Verkehr



**Alois Rainer**  
Spartenobmann  
Tourismus und Freizeitwirtschaft



**Dietmar Hernegger**  
Spartenobmann  
Information und Consulting